



Berlin, 28. Juli 2026
zyk/ic

ver.di fordert Einschränkungen von Befristungen in der Wissenschaft

Mit Blick auf die am Mittwoch (29. Juli 2026) im Bundeskabinett vorliegende Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes fordert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) deutliche Nachbesserungen. „Deutschland muss für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktiver werden, doch die Bundesregierung versucht erst gar nicht, für Promovierte dauerhafte Beschäftigungsperspektiven in der Wissenschaft zu etablieren“, kritisierte ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Sylvia Bühler**. Bei den Befristungen nach der Promotion solle alles beim Alten bleiben. „Damit treibt Forschungsministerin Dorothee Bär Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geradezu aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Hier muss im Gesetzgebungsverfahren dringend nachgebessert werden.“

In der sogenannten Postdoc-Phase dürfen Arbeitsverträge bis zu sechs Jahre lang befristet werden. Die Ampel-Regierung wollte dies deutlich verkürzen und Perspektiven für unbefristete Anschlussverträge bieten, konnte sich letztlich aber nicht einigen. Im aktuellen Referentenentwurf wird das Thema einfach ausgespart. „Arbeitsverträge während der Promotion zu befristen, mag sinnvoll sein. Nach dem Abschluss muss damit aber Schluss sein“, betonte Bühler. „Dauerbefristungen sind schlecht für die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie schaden aber auch der Qualität von Forschung und Lehre.“ Das habe auch der Wissenschaftsrat im vergangenen Jahr mit seinem viel beachteten Positionspapier deutlich gemacht.

Auch die sogenannte Tarifsperre, die den Abschluss von Tarifverträgen zum Thema beschränkt, soll es weiterhin geben. „Die Ministerin bleibt beim Befristungsunwesen untätig und verhindert zugleich, dass Arbeitgeber und wir als Gewerkschaft hier gemeinsam Regelungen treffen können“, kritisierte Bühler. „Diese Einschränkung der Tarifautonomie gehört ersatzlos gestrichen.“

Lediglich die geplanten Mindestvertragslaufzeiten anzupacken und einen Vorrang von Qualifizierungs- vor Drittmittelbefristungen zu regeln, ignoriere das größte Problem, so die Gewerkschafterin, nämlich die massenhafte Befristung in der Wissenschaft. „Hier ist der Bundestag gefragt.“

MEDIENINFORMATION